
Reich werden ist steuerbar. Reich sein ist grundsätzlich steuerfrei.

Inhaltsverzeichnis der Ausgabe 03/2020:

Alle Steuerzahler

Erstausbildungskosten: Bundesverfassungsgericht bestätigt die steuerliche Behandlung
Doppelte Haushaltsführung: Beteiligung an den laufenden Kosten am Haupthausstand?
Prozesskosten zur Erlangung nahehehlichen Unterhalts als Werbungskosten abzugsfähig
Brexit: Vorerst keine unmittelbaren Auswirkungen
Antrag der Steuerfahndung
Kann der Ausfall von Kapitalforderungen steuerlich noch berücksichtigt werden?
Gefahren beim gewerblichen Grundstückshandel

Kapitalanleger

Finanzkonten-Informationsaustauschgesetz: Voraussichtliche Staatenaustragsliste 2020

Gesellschafter und Geschäftsführer von Kapitalgesellschaften

Miete: Zuflussfiktion beim beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführer
Gewerbesteuer: Untergang von Gewerbeerlusten bei Betriebsverpachtung

Personengesellschaften und deren Gesellschafter

E-Bilanz: Ergebnisverteilung bei Personengesellschaften

Umsatzsteuerzahler

Neue Rechtsprechung zur Unternehmereigenschaft von Aufsichtsratsmitgliedern
Vorsteuerabzug: Frist für Zuordnungsentscheidung steht auf dem Prüfstand

Arbeitgeber

Gehaltsextras: Günstige Rechtsprechung zur Zusätzlichkeit soll ausgehebelt werden
Zahlungen zur Abgeltung des Urlaubs bei Tod des Arbeitnehmers sind beitragspflichtig
Kann ein Arbeitgeber Bußgelder und Strafzettel lohnsteuerfrei übernehmen?
Neuer Mindestlohn 9,35 Euro: Minijobber kürzer beschäftigen!

Arbeitnehmer

Sky-Bundesliga-Abo als Werbungskosten

Abschließende Hinweise

Verzugszinsen
Steuern und Beiträge Sozialversicherung: Fälligkeitstermine in 03/2020

Alle Steuerzahler

Erstausbildungskosten: Bundesverfassungsgericht bestätigt die steuerliche Behandlung

Nach der gesetzlichen Regelung sind Aufwendungen für eine erstmalige Berufsausbildung oder für ein Erststudium, das zugleich eine Erstausbildung vermittelt, **keine Werbungskosten**, wenn

diese Berufsausbildung oder dieses Erststudium nicht im Rahmen eines Dienstverhältnisses stattfinden. Diese Regelung hat das Bundesverfassungsgericht nun **als verfassungskonform** bestätigt.

Der Gesetzgeber durfte solche Aufwendungen als privat (mit-)veranlasst qualifizieren und **den Sonderausgaben** zuordnen. Dafür, so das Bundesverfassungsgericht, gibt es sachlich einleuchtende Gründe. Beispielsweise gehört die erste Berufsausbildung typischerweise zu den Grundvoraussetzungen einer Lebensführung und stellt **Vorsorge für die persönliche Existenz** dar.

Die **unschönen Auswirkungen** dieser Entscheidung liegen auf der Hand: Da während eines Studiums keine bzw. nur geringe Einnahmen erzielt werden, hätten Werbungskosten regelmäßig **zu einem vortragsfähigen Verlust** geführt, der dann in den Jahren der Berufsausübung steuermindernd gewirkt hätte. Demgegenüber bleiben Sonderausgaben bei fehlenden Einkünften in demselben Jahr wirkungslos, da hier **keine jahresübergreifende Verrechnung** möglich ist. Darüber hinaus ist der Sonderausgabenabzug **nur bis zu 6.000 EUR im Kalenderjahr** möglich. Auch diese Begrenzung hat das Bundesverfassungsgericht als zulässig eingestuft.

Doppelte Haushaltsführung: Beteiligung an den laufenden Kosten am Haupthausstand?

Das Finanzgericht Niedersachsen hat kürzlich zu den gesetzlichen Anforderungen der „**finanziellen Beteiligung an den Kosten der Lebensführung**“ bei einer doppelten Haushaltsführung Stellung genommen.

Hintergrund

Eine **doppelte Haushaltsführung** liegt nur vor, wenn der Arbeitnehmer außerhalb des Ortes seiner ersten Tätigkeitsstätte einen eigenen Hausstand unterhält und auch am Ort der ersten Tätigkeitsstätte wohnt.

Mit Wirkung ab dem Veranlagungszeitraum 2014 setzt ein **eigener Hausstand**

- das **Innehaben einer Wohnung** (aus eigenem Recht als Eigentümer oder Mieter bzw. aus gemeinsamen oder abgeleitetem Recht als Ehegatte, Lebenspartner oder Lebensgefährte sowie Mitbewohner) sowie
- eine **finanzielle Beteiligung** an den Kosten der Lebensführung voraus.

Die Entscheidung in Kürze

Entgegen der Auffassung der Finanzverwaltung ist eine Beteiligung **an den laufenden** Miet-, Neben- und Lebensführungskosten nicht erforderlich. Auch rückwirkende Zahlungen, einmalige oder außergewöhnliche finanzielle Beiträge sind nach Auffassung des Finanzgerichts ausreichend, soweit sie insgesamt die **Geringfügigkeitsgrenze von 10 %** der haushaltsbezogenen Lebensführungskosten des Haupthausstands übersteigen.

Beachten Sie: Man darf gespannt sein, wie der Bundesfinanzhof die Tatbestandsmerkmale **in der Revision** auslegen wird. Bis dahin ist es ratsam, sich monatlich mit einem nicht unwesentlichen Betrag (oberhalb von 10 %) an den Gesamtkosten des Haupthausstands zu beteiligen.

Prozesskosten zur Erlangung nachehelichen Unterhalts als Werbungskosten abzugsfähig

Prozesskosten zur Erlangung nachehelichen Unterhalts sind als **Werbungskosten** abzugsfähig, wenn der Unterhaltsempfänger die Unterhaltsleistungen als sonstige Einkünfte versteuert (**begrenztes Realsplittung**). Dies hat das Finanzgericht Münster entschieden. Da bereits die Revision anhängig ist, muss nun der Bundesfinanzhof entscheiden.

Hintergrund: Beim begrenzten Realsplittung kann der **Unterhaltsverpflichtete** die Unterhaltszahlungen bis zu 13.805 EUR im Jahr (zuzüglich der aufgewandten Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung [Basisversorgung]) als Sonderausgaben abziehen. Dies bedarf allerdings der Zustimmung des **Unterhaltsberechtigten**, der die Unterhaltszahlungen seinerseits als sonstige Einkünfte versteuern muss.

Sachverhalt

Im Streitfall wurde die Ehe in 2014 geschieden und der frühere Ehemann (EM) zu Unterhaltszahlungen verpflichtet. Der EM beehrte, keinen Unterhalt zu zahlen. Die frühere Ehefrau (EF) beanspruchte höhere monatliche Zahlungen. In 2015 kam ein gerichtlicher Vergleich über die Unterhaltshöhe zustande.

In ihrer Einkommensteuererklärung 2015 erklärte die EF sonstige Einkünfte in Höhe der erhaltenen Unterhaltszahlungen und machte die Prozessführungskosten (Gerichts- und Rechtsanwaltskosten), die auf die Verfahren betreffend den nachehelichen Unterhalt entfielen, steuermindernd geltend. Das Finanzamt lehnte dies aber ab – allerdings zu Unrecht, wie das Finanzgericht Münster befand.

Nach Ansicht des Finanzgerichts sind die Prozessführungskosten als **Werbungskosten** zu berücksichtigen, weil die EF den Unterhalt ihres geschiedenen EM versteuert. EF hat die Prozessführungskosten aufgewendet, um zukünftig (**höhere**) **Einkünfte** in Form von Unterhaltsleistungen zu erhalten. Auch soweit es sich bei der Einkunftsart um sonstige Einkünfte handelt, können die hiermit zusammenhängenden Kosten der Rechtsverfolgung Werbungskosten darstellen.

Beachten Sie: Seit 2013 sind Prozesskosten als **außergewöhnliche Belastungen** grundsätzlich nicht mehr abziehbar. Nur dann, wenn es sich um Aufwendungen handelt, ohne die der Steuerpflichtige Gefahr liefe, seine **Existenzgrundlage** zu verlieren und seine lebensnotwendigen Bedürfnisse in dem üblichen Rahmen nicht mehr befriedigen zu können, liegt eine Ausnahme vor. Über diese Frage musste das Finanzgericht aber nicht entscheiden, weil es die Aufwendungen als **Werbungskosten** eingestuft hat.

Brexit: Vorerst keine unmittelbaren Auswirkungen

Seit 1.2.2020 ist der Brexit Realität: Das Vereinigte Königreich ist nicht mehr Mitglied der Europäischen Union. Für Bürger und Unternehmen ändert sich aber erstmal nichts, da **zunächst bis Ende 2020 eine Übergangsphase** läuft, in der das EU-Recht im und für das Vereinigte Königreich grundsätzlich weiterhin gilt, jedoch ohne britisches Mitbestimmungsrecht in den EU-Institutionen. Das Vereinigte Königreich bleibt in dieser Zeit auch **Teil des EU-Binnenmarktes und der EU-Zollunion**

Antrag der Steuerfahndung

Aus beruflicher Erfahrung ist mir bekannt, dass selbst schon dünne Verdachtsmomente Ermittlungsrichtern genügen, auf Antrag der Steuerfahndung einen Durchsuchungsbeschluss zu erlassen. Häufig zerschlägt sich der Anfangsverdacht sehr schnell. Dennoch kann die Durchsuchung fatale Folgen haben, insbesondere dann, wenn es zu sogenannten 'Zufallsfunden' kommt und unabhängig vom ursprünglichen Tatvorwurf belastende Unterlagen gefunden werden, die es eigentlich gar nicht geben dürfte: Vertrauliche Unterlagen, die das Finanzamt niemals sehen sollte. Dennoch sind sie leider bei vielen Mandanten vorhanden. Dabei müssen es nicht immer Papiere sein, die bisher nicht erklärte Betriebseinnahmen vermuten lassen. Oft sind es Vertragsentwürfe, Gesprächsprotokolle oder sonstige Aufzeichnungen, die eine vom Finanzamt bereits anerkannte steuerlich günstige Gestaltungsvariante in einem anderen Licht erscheinen lassen. Dazu können sogar Schreiben des Steuerberaters gehören, der im Vorfeld auf steuerliche Risiken eines geplanten Vorhabens hinweist und dem Finanzamt damit ungewollt Argumente in die Hand gibt. Das Auffinden dieser Korrespondenz durch die Steuerfahndung kann unangenehme Konsequenzen bei der strafrechtlichen Beurteilung eines Sachverhalts nach sich ziehen. Durch den schriftlichen Hinweis des Steuerberaters wird der Mandant 'bösgläubig' und kann sich nicht mehr auf 'Nichtwissen' berufen. Der vom Finanzamt ohnehin immer unterstellte Vorsatz kann so begründet werden.

Daneben gibt es aber auch Belege und Schriftstücke, die tatsächlich im Zusammenhang mit einer Steuerstraftat stehen oder stehen könnten. Der Nachweis vieler Steuerverkürzungen ist der Finanzverwaltung nur möglich, weil die Betroffenen hierüber Unterlagen aufbewahren oder sogar genau Buch führen. Dies hat mehrere Ursachen. Mit deutscher Gründlichkeit sollen auch 'Schwarzgeschäfte' genau abgerechnet und dokumentiert werden. Besonders töricht sind die Fälle, in denen 'bare Einnahmen' aufgezeichnet werden, damit der Betroffene am Jahresende sieht, welche Umsätze er mit einzelnen Geschäftspartnern getätigt und wieviel Geld er am Finanzamt vorbei-geschleust hat. Dies getreu nach dem Motto: „Was ist der Unterschied zwischen einem deutschen und einem italienischen Gastwirt? Beide machen Schwarzgeld, der Italiener freut sich und, gibt es aus. Der Deutsche zählt es, vergleicht mit dem Vorjahr und ärgert sich, weil die Summe im laufenden Jahr geringer ist!“

Erstaunlich ist, wie häufig dieses kompromittierende Material bei Durchsuchungen entdeckt und sichergestellt wird. Ein Insider aus der Finanzverwaltung hierzu: „Meist müssen wir nicht lange suchen, vieles finden wir im Schreibtisch des Chefs, im häuslichen Arbeitszimmer oder schlicht und ergreifend im Tresor.“ Auch die vermeintlich sicheren Verstecke im Haushalt kennt der Fahndet. Beliebte Orte sind Kleiderschrank, Sockenschublade oder das Wäschefach. Sogar in den Backofen oder das Eisfach wird geschaut. Zuweilen entdecken die Beamten an diesen Stellen auch Datenträger mit belastendem Material. In der Regel muss jedoch danach nicht mehr gesucht werden, da IT-Fahnder auf den Festplatten der Computer selbst solche Dateien finden, die auf einem externen Datenträger gespeichert wurden. Gerne werden vertrauliche Daten auch auf DVDs abgelegt, die als 'Urlaubsbilder' oder solche vom letzten Kindergeburtstag beschriftet sind. Hierzu ein erfahrener Fahnder: „Natürlich schauen wir uns auch diese DVDs an, insbesondere, wenn sie in einer verschlossenen Schreibtischschublade liegen.“ In der Tat ist es sehr einfach, Word- oder Excel-Dateien zwischen Urlaubsbildern zu finden. Selbst eine Bilddatei, die nicht zu den Urlaubsaufnahmen gehört, entdecken die Beamten schnell und ohne Probleme durch Sortierung der Dateien nach dem Datum oder der Größe. Die Auslagerung in ein Bankschließfach ist wenig hilfreich, da auch dieses Gegenstand einer Durchsuchung ist und in der Regel zeitgleich mit der Durchsuchung von Wohn- und Geschäftsräumen versiegelt wird. Auch das auf den Namen eines Angestellten geführte Bankschließfach ermitteln und sichten die Fiskalpolizisten, da sie es bei ihrer Standardabfrage erfahren, sofern ein Beschuldigter hierfür eine Zugangsberechtigung hat.

Als Steuerberater müssen wir uns davor hüten, unsere Mandanten bei der Begehung einer Steuerstraftat zu unterstützen. Deshalb sollten wir tunlichst keine Ratschläge erteilen, wie belastendes Material sicher verwahrt werden kann. Allerdings können wir im Rahmen eines persönlichen Beratungsgesprächs, in der monatlichen Mandanteninformation oder bei einer Mandantenveranstaltung

darauf hinweisen, dass das Finanzamt umfangreiche Kontroll- und Informationsmöglichkeiten hat und Betriebsprüfern durch Kontrollmaterial, Nachkalkulationen, Erprobungen und Kontrollberechnungen zahlreiche Prüfinstrumente zur Verfügung stehen. Selbst vage Hinweise, die sich im Nachhinein als falsch herausstellen, können zur Einleitung eines Steuerstrafverfahrens führen und die Steuerfahndung erscheint zu Durchsuchungsmaßnahmen. Und für diesen Fall können wir dem Mandanten mit einem dezenten Hinweis die Illusion nehmen, dass es im Büro oder Zuhause das sichere Versteck gibt.

Kann der Ausfall von Kapitalforderungen steuerlich noch berücksichtigt werden?

Ursprünglich war im Rahmen des JStG 2019 geplant, dass § 20 Abs. 2 EStG eine umfassende Verschärfung erfahren sollte. Insbesondere der Ausfall von Forderungen o. ä. sollte steuerlich nicht mehr berücksichtigungsfähig sein. Vor allem auf Druck der CSU setzte sich die Regelung jedoch nicht - bzw. nur eingeschränkt - durch und wurde aus dem JStG 2019 entfernt bzw. in modifizierter Form in das „Gesetzes zur Einführung einer Pflicht zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen“ verschoben. Demnach gilt nun Folgendes:

1. § 20 Abs. 6 Satz 6 EStG - Ausfall von Forderungen wird eingeschränkt

Der Ausfall von Forderungen des Privatvermögens führt steuerlich zu einem Verlust i. S. des § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 EStG. Neu wird in § 20 Abs. 6 EStG ein Satz 6 eingeführt, nachdem Verluste aus den folgenden Vorgängen aber nur noch beschränkt verwertbar sind:

Die ganze oder teilweise Uneinbringlichkeit einer Kapitalforderung, die Ausbuchung wertloser Wirtschaftsgüter (z. B. Aktien) i. S. des § 20 Abs. 1 EStG durch die die Kapitalerträge auszahlende Stelle (z. B. depotführende Bank), die Übertragung wertloser Wirtschaftsgüter im Sinne des § 20 Abs. 1 EStG auf einen Dritten und ein den obigen drei Alternativen vergleichbarer Ausfall von Wirtschaftsgütern im Sinne des § 20 Abs. 1 EStG.

Praxishinweise

1. Der Ausschluss von „Übertragungen wertloser Wirtschaftsgüter“ soll wohl Missbräuche von „Billigverkäufen für 1 €“ verhindern.

2. Die Regelung erfasst zwar erst Vorgänge, die nach dem 31.12.2019 verwirklicht werden, entfaltet aber unechte Rückwirkung, weil sie sich auch auf bereits vor dem 1.1.2020 in Gang gesetzte Sachverhalte (z. B. Wertverfall) auswirkt (§ 52 Abs. 28 EStG).

Die Verluste aus den o. g. Vorgängen sind zwar steuerlich im Rahmen des § 20 EStG abzugsfähig, werden jedoch stark eingeschränkt. So dürfen die o. g. Verluste nur i. H. von 10.000 € und nur im Rahmen des § 20 EStG - also mit anderen Kapitaleinkünften - ausgeglichen werden. Ein noch übrigbleibender Verlust wird analog den Grundsätzen des § 10d EStG in die Zukunft vorgetragen und kann künftig jährlich mit Kapitaleinkünften bis zu einer Höhe von 10.000 € verrechnet werden.

Damit lässt sich zweierlei festhalten:

Positiv: Der Ausfall von Kapitalvermögen kann steuerlich über § 20 Abs. 2 EStG berücksichtigt werden.

Negativ: Die Verlustberücksichtigung ist auf 10.000 € jährlich beschränkt. Problematisch wäre daher, wenn eine Forderung von beispielsweise 1 Mio. € ausfällt. Denn dies bedeutet, dass man noch 100 Jahre leben müsste, um den daraus resultierenden Verlustvortrag gänzlich auszuschöpfen - und dies auch nur dann, wenn man jedes Jahr 10.000 € Kapitalerträge erzielt. Dies mag zwar provokant formuliert sein, zeigt aber die Absurdität der Regelung auf. Da der Verlustvortrag künftig auch nicht vererbbar ist, sind hohe Kapitalverluste faktisch weiterhin nicht berücksichtigungsfähig. **2. § 20 Abs. 6**

Satz 5 EStG - Verfall von Optionen

Ähnliches wie zum Ausfall von Forderungen regelt der Gesetzgeber auch für Termingeschäfte (z. B. Aktienoptionen). Nach den Ausführungen des neuen § 20 Abs. 6 Satz 5 EStG gilt: Verluste aus Kapitalvermögen i. S. des § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 EStG (Termingeschäfte) dürfen nur i. H. von 10.000 € mit Gewinnen i. S. des § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 EStG und mit Einkünften i. S. des § 20 Abs. 1 Nr. 11 EStG (Stillhalterprämien, die für die Einräumung von Optionen vereinnahmt werden) ausgeglichen werden.

Die § 20 Abs. 6 Sätze 2 und 3 EStG (Verlustvortrag im Bereich § 20 EStG analog zu § 10d EStG) gelten sinngemäß mit der Maßgabe, dass nicht verrechnete Verluste i. S. des § 20 Abs. 6 Satz 5 EStG (Optionsverluste) je Folgejahr nur bis zur Höhe von 10.000 € mit Gewinnen im Sinne des § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und mit Einkünften i. S. des § 20 Abs. 1 Nr. 11 EStG verrechnet werden dürfen.

Praxishinweise

Kurzgefasst: Optionsverluste durch Ausfall des Termingeschäfts sind nur mit Options- und Stillhaltegewinnen verrechenbar. Die Verlustverrechnung ist auf 10.000 € p. a. beschränkt. Überschießende Beträge landen in einem Verlustvortrag, der letztlich nicht vererbbar ist.

Die Regelung zu den Optionsverlusten gilt für Vorgänge, die nach dem 31.12.2020 verwirklicht werden.

Gefahren beim gewerblichen Grundstückshandel

Wer mehr als drei Objekte innerhalb von fünf Jahren nach dem Kauf verkauft, wird vom Finanzamt zum gewerblichen Grundstückshändler erklärt. Bei einer Besitzdauer von fünf bis zehn Jahren gibt es eine Grauzone. Objekte, die man schon über zehn Jahre hat, bleiben unstrittig außer Ansatz, sie sind nicht einmal so genannte „Zählobjekte“.

Doch Vorsicht: Wenn Sie durch Aufteilung in Eigentumswohnungen und eine Generalrenovierung ein „Wirtschaftsgut anderer Marktgängigkeit“ schaffen, kann auch bei längerer Besitzdauer ein gewerblicher Grundstückshandel angenommen werden.

Beispiel: A hat im Jahr 2001 ein Mehrfamilienhaus mit 20 Wohnungen günstig erworben, das als wirtschaftliche Einheit nur als ein Grundstück im Grundbuch geführt wird.

Im Jahr 2020 führt er eine Luxussanierung durch und teilt das Objekt auf 20 einzelne Wohnungen. Mit Beginn der Generalrenovierung und der Aufteilung in Wohnungseigentum entsteht ein gewerblicher Grundstückshandel, auch wenn A unverändert alleiniger Eigentümer bleibt.

Beachte jedoch: Die Einlage in das Betriebsvermögen des A erfolgt zum Marktwert 2020. Es kommt also wenigstens nicht zu einer Nachversteuerung der Wertsteigerung von 2000 bis 2020. Die bei einem Verkauf entstehenden Wertsteigerungen zwischen 2020 und den Zeitpunkt des Verkaufs sind aber dann steuerpflichtig. Was ist zu tun? Berücksichtigen Sie diese Gefahr, wenn eine grundlegende Renovierung an einem Gebäude ansteht. Bei optimaler Gestaltung kann sogar noch ein Steuersparmodell daraus werden, indem Sie sich zwischen dem Beginn der Renovierung und dem Verkauf ein oder zwei Jahre Zeit lassen und es durch geschickte Gutachten und Überredungskünste schaffen, das Finanzamt von einem überhöhten Einlagewert (siehe oben) zu überzeugen. Wenn dieser bestandskräftig festgestellt ist, können Sie am Ende sogar noch einen gewerblichen Verlust erreichen.

Kapitalanleger

Finanzkonten-Informationsaustauschgesetz: Voraussichtliche Staatenaustauschliste 2020

Nach den Vorgaben des Finanzkonten-Informationsaustauschgesetzes werden **Informationen über Finanzkonten in Steuersachen** zwischen dem Bundeszentralamt für Steuern und der zuständigen Behörde des jeweils anderen Staates automatisch ausgetauscht. Das Bundesfinanzministerium hat nun die Staaten bekanntgegeben, mit denen **voraussichtlich der automatische Datenaustausch zum 30.9.2020** erfolgt.

Beachten Sie: Weiterführende Informationen zum Informationsaustausch über Finanzkonten erhalten Sie u. a. auf der Webseite des Bundesfinanzministeriums (unter www.iww.de/s308) sowie auf der Webseite des Bundeszentralamts für Steuern (unter www.iww.de/s2991).

Gesellschafter und Geschäftsführer von Kapitalgesellschaften

Miete: Zuflussfiktion beim beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführer

Bei beherrschenden Gesellschaftern einer Kapitalgesellschaft besteht für Ansprüche gegen die Gesellschaft die Fiktion eines Zuflusses **im Zeitpunkt der Fälligkeit**. Mit dieser Zuflussfiktion hat sich jüngst das Finanzgericht Münster näher beschäftigt.

Hintergrund

Nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Einkommensteuergesetz sind Einnahmen innerhalb des Kalenderjahrs bezogen, in dem sie dem Steuerpflichtigen **zugeflossen** sind. Geldbeträge fließen dem Steuerpflichtigen grundsätzlich dadurch zu, dass sie bar ausgezahlt oder einem Konto des Empfängers bei einem Kreditinstitut gutgeschrieben werden.

Beachten Sie: Da sich die **Erlangung der wirtschaftlichen Verfügungsmacht** nach den tatsächlichen Verhältnissen richtet, kann das Zufließen grundsätzlich nicht fingiert werden.

Eine Ausnahme besteht indes bei beherrschenden Gesellschaftern einer Kapitalgesellschaft. Bei diesen wird angenommen, dass sie über eine von der Gesellschaft geschuldete Vergütung bereits **im Zeitpunkt der Fälligkeit** verfügen können und ihnen damit entsprechende Einnahmen zugeflossen sind. Gerechtfertigt wird dies damit, dass es der beherrschende Gesellschafter in der Hand hat, solche Beträge stehen oder sich auszahlen zu lassen.

Die Rechtsprechung hat allerdings auch Ausnahmen von dem Grundsatz des „Fälligkeitszuflusses“ anerkannt, insbesondere, wenn die GmbH **zahlungsunfähig** ist.

Sachverhalt und Entscheidung

Im Streitfall lagen die positiven Voraussetzungen für einen „**Fälligkeitszufluss**“ nach Auffassung des Finanzgerichts Münster vor. Denn der Steuerpflichtige war Geschäftsführer und beherrschender Gesellschafter der GmbH. Zudem hatte die GmbH die fälligen Mieten nicht zum Fälligkeitszeitpunkt bezahlt.

Im Verfahren beschäftigte sich das Finanzgericht ausführlich mit der Frage, was **der Maßstab für eine Zahlungsunfähigkeit** ist. Dabei geht das Finanzgericht (insoweit) in Übereinstimmung mit der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs von einem engen, **nicht mit § 17 der Insolvenzordnung**

übereinstimmenden Zahlungsunfähigkeitsbegriffs aus. Erforderlich ist mithin, dass die GmbH ihre fälligen Verpflichtungen „schlechterdings“ nicht erfüllen konnte.

Beachten Sie: Das Finanzgericht hat **die Revision** wegen grundsätzlicher Bedeutung zugelassen. Denn u. a. hat sich der Bundesfinanzhof noch nicht ausdrücklich mit der Frage befasst, welche Relevanz das **Zahlungsverbot des § 64 Satz 1 des GmbHG** für den Fälligkeitszufluss hat. Nach dieser Regelung sind die Geschäftsführer der Gesellschaft **zum Ersatz von Zahlungen verpflichtet**, die nach Eintritt der Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft oder nach Feststellung ihrer Überschuldung geleistet werden.

Gewerbsteuer: Untergang von Gewerbeverlusten bei Betriebsverpachtung

1. Der vortragsfähige Gewerbeverlust i.S. des § 10a GewStG geht unter, wenn zum Schluss des Erhebungszeitraums zwar eine die einkommensteuerrechtliche Existenz des Betriebs unberührt lassende Betriebsunterbrechung ("ruhender Gewerbebetrieb") gegeben ist, gewerbesteuerrechtlich hiermit aber die werbende Tätigkeit nicht nur vorübergehend unterbrochen bzw. eine andersartige werbende Tätigkeit aufgenommen wird. Es entfällt die für die Verlustfeststellung erforderliche Unternehmensidentität.

2. Bei einer Besitzpersonengesellschaft besteht die Unternehmensidentität jedenfalls so lange fort, als sie mit der nämlichen Betriebskapitalgesellschaft sachlich und personell verflochten bleibt.

Punkt -1- ist relevant, wenn die wirtschaftliche Tätigkeit eingestellt wird. Ein „Ruhens“ im vorstehenden Sinne, ist das nicht nur kurzfristige Aussetzen der Betriebstätigkeit (z.B. durch vorübergehende Krankheit des Inhabers). Wird der aktive Betrieb dauerhaft eingestellt oder zum Ruhens gebracht, so geht der Gewerbeverlust unter.

Punkt -2- ist nur bei einer Betriebsaufspaltung zu beachten

Personengesellschaften und deren Gesellschafter

E-Bilanz: Ergebnisverteilung bei Personengesellschaften

Unternehmen müssen den Inhalt der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung grundsätzlich nach amtlich vorgeschriebenem Datensatz durch Datenfernübertragung übermitteln. Wird die E-Bilanz als Steuerbilanz bzw. Einheitsbilanz eingereicht, werden E-Bilanzen künftig nicht mehr angenommen, in denen der **Ergebnisanteil des Mitunternehmers** direkt auf einem Darlehenskonto verbucht worden ist. Falls die E-Bilanz als Handelsbilanz eingereicht wird, erwartet die Finanzverwaltung in Zukunft, dass diese **Buchung über das Eigenkapital** im Rahmen der Überleitungsrechnung nachgebildet wird. Dies hat die Steuerberaterkammer Westfalen-Lippe mitgeteilt.

Bei der Ergebnisverteilung **bestehen zwei Möglichkeiten** der Verbuchung von Gewinnanteilen der Mitunternehmer:

- Der Ergebnisanteil wird zulasten des Jahresergebnisses auf das **Gesellschafterdarlehenskonto** (direkt in das Fremdkapital) gebucht.
- Bei der zweiten Möglichkeit wird der Ergebnisanteil **erst dem Kapitalkonto** gutgeschrieben und **anschließend als Entnahme** auf das Gesellschafterdarlehenskonto umgebucht.

Merke: Das Bundesfinanzministerium lehnt die Anwendung der Direktverbuchung mit der Konsequenz ab, dass eine entsprechende Direktverbuchung ab der Taxonomie-Version 6.3, die grundsätzlich für die Bilanzen der nach dem 31.12.2019 beginnenden Wirtschaftsjahre anzuwenden ist, als fehlerhaft zurückgewiesen werden wird. Damit kann die E-Bilanz der Mitunternehmerschaft nicht mehr übermittelt werden.

Hintergrund ist, dass die **Entwicklung der Kapitalkonten** bei einer Direktverbuchung im Fremdkapital nur schwer nachvollziehbar ist.

Ab der Taxonomie-Version 6.3 erhöht ein Steuerbilanzgewinn **in einem ersten Schritt** das steuerliche Eigenkapital und damit die Kapitalanteile der Mitunternehmer entsprechend dem ihnen zuzurechnenden Anteil am Steuerbilanzgewinn. Ist der Gewinnanteil auf einem als Fremdkapital einzustufenden Gesellschafterkonto zu erfassen, ist insoweit **in einem zweiten Schritt** eine Entnahme zu berücksichtigen, die dann zu einer Minderung des Kapitalanteils führt.

Soweit und solange entnahmefähige Gewinnanteile nicht entnommen werden, stellen sie grundsätzlich eine dem **Sonderbetriebsvermögen** zuzuordnende Forderung des jeweiligen Mitunternehmers dar. In diesem Fall ist im Sonderbereich korrespondierend eine **Einlage** zu erfassen.

Umsatzsteuerzahler

Neue Rechtsprechung zur Unternehmereigenschaft von Aufsichtsratsmitgliedern

Trägt das Mitglied eines Aufsichtsrats wegen einer nicht variablen Festvergütung kein Vergütungsrisiko, ist es **nicht als umsatzsteuerlicher Unternehmer** tätig. Dies hat der Bundesfinanzhof entgegen bisheriger Rechtsprechung entschieden.

Sachverhalt

Ein leitender Angestellter der S-AG war zugleich Aufsichtsratsmitglied der E-AG, deren Alleingesellschafter die S-AG war. Nach der Satzung der E-AG erhielt jedes Aufsichtsratsmitglied für seine Tätig-

keit eine Festvergütung von 20.000 EUR p. a. oder einen zeitanteiligen Anteil hiervon. Das Aufsichtsratsmitglied wandte sich gegen die Annahme, dass er als Mitglied des Aufsichtsrats Unternehmer sei und in dieser Eigenschaft umsatzsteuerpflichtige Leistungen erbringe. Einspruch und Klage zum Finanzgericht hatten keinen Erfolg. Demgegenüber gab der Bundesfinanzhof der Klage statt.

Der Bundesfinanzhof begründete dies mit der **Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs** aus 2019. Nach dieser Rechtsprechung übt das Mitglied eines Aufsichtsrats unter bestimmten Voraussetzungen keine selbstständige Tätigkeit aus.

Maßgeblich ist, dass das Aufsichtsratsmitglied für Rechnung und unter Verantwortung des Aufsichtsrats handelt und dabei auch **kein wirtschaftliches Risiko** trägt. Letzteres ergab sich in dem vom Europäischen Gerichtshof entschiedenen Einzelfall daraus, dass das Aufsichtsratsmitglied **eine feste Vergütung** erhielt, die

- weder von der Teilnahme an Sitzungen
- noch von seinen tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden abhängig war.

Dem hat sich der Bundesfinanzhof nun unter Aufgabe seiner bisherigen Rechtsprechung angeschlossen: Trägt das Mitglied eines Aufsichtsrats aufgrund einer nicht variablen Festvergütung **kein Vergütungsrisiko**, ist es entgegen bisheriger Rechtsprechung **nicht als Unternehmer tätig**.

Beachten Sie: Ausdrücklich offengelassen hat der Bundesfinanzhof, ob für den Fall, dass das Aufsichtsratsmitglied **eine variable Vergütung** erhält, an der Unternehmereigenschaft – entsprechend bisheriger Rechtsprechung – festzuhalten ist.

Vorsteuerabzug: Frist für Zuordnungsentscheidung steht auf dem Prüfstand

Der **Vorsteuerabzug** bei nicht nur unternehmerisch genutzten Gegenständen (z. B. Fotovoltaikanlagen) erfordert eine **zeitnahe Zuordnung zum Unternehmensvermögen**. Wurde die Zuordnung bei der Umsatzsteuer-Voranmeldung nicht dokumentiert, ist sie spätestens bis zur gesetzlichen Abgabefrist für Steuererklärungen (**31.7. des Folgejahrs**) gegenüber dem Finanzamt zu erklären. Fristverlängerungen für die Abgabe der Steuererklärungen verlängern die Dokumentationsfrist nicht. An dieser **Ausschlussfrist** hat der Bundesfinanzhof nun aber Zweifel geäußert.

Sachverhalt

Ein Steuerpflichtiger, der einen Gerüstbaubetrieb unterhält, errichtete ein Einfamilienhaus mit einer Gesamtnutzfläche von ca. 150 qm, wovon auf ein Zimmer („Arbeiten“) ca. 17 qm entfielen (Fertigstellung 2015). Erst in der am 28.9.2016 beim Finanzamt eingegangenen Umsatzsteuer-Jahreserklärung für 2015 (nicht aber in den zuvor eingereichten Umsatzsteuer-Voranmeldungen) machte der Steuerpflichtige für die Errichtung des Arbeitszimmers anteilig Vorsteuern geltend. Das Finanzamt versagte den Vorsteuerabzug wegen der nicht rechtzeitig erfolgten Zuordnung des Zimmers zum Unternehmensvermögen.

Nach den vom Bundesfinanzhof entwickelten **Kriterien zur Zuordnungsentscheidung** wäre die Sichtweise der Finanzverwaltung zutreffend.

Der Bundesfinanzhof hat aber nun Zweifel geäußert, ob diese Sichtweise **mit dem Unionsrecht in Einklang steht** und hat dem Europäischen Gerichtshof im Kern zwei Fragen zur Vorabentscheidung vorgelegt:

- Darf ein Mitgliedstaat **eine Ausschlussfrist** für die Zuordnung zum Unternehmensvermögen vorsehen?
- Welche Rechtsfolgen hat eine **nicht (rechtzeitig)** getroffene Zuordnungsentscheidung?

Hoffnung, dass der Europäische Gerichtshof die restriktive deutsche Sichtweise ablehnt, macht **ein Urteil aus 2018**, in dem es um einen Fall aus Polen ging. Insbesondere folgende Passage ist von Bedeutung:

„Auch wenn eine eindeutige und ausdrückliche Bekundung der Absicht, den Gegenstand bei seinem Erwerb einer wirtschaftlichen Verwendung zuzuordnen, ausreichend sein kann, um den Schluss zu ziehen, dass der Gegenstand von dem als solchem handelnden Steuerpflichtigen erworben wurde, schließt doch **das Fehlen einer solchen Erklärung** nicht aus, dass diese Absicht implizit zum Ausdruck kommen kann.“

Beachten Sie: In einem weiteren Verfahren, das den Erwerb einer **Fotovoltaikanlage** durch einen Privatmann betrifft, hat der Bundesfinanzhof ebenfalls den Europäischen Gerichtshof angerufen.

Arbeitgeber

Gehaltsextras: Günstige Rechtsprechung zur Zusätzlichkeit soll ausgehebelt werden

Steuerfreie oder pauschalversteuerte Gehaltsextras müssen in vielen Fällen **zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn** geleistet werden. In drei Urteilen hatte der Bundesfinanzhof dieses Kriterium zugunsten von Arbeitgeber und Arbeitnehmer im vergangenen Jahr **neu definiert**. Nun soll dieser Rechtsprechung durch ein **Nichtanwendungsgesetz** der Boden entzogen werden.

Hintergrund

Vielfach ist eine Steuerbegünstigung oder eine Pauschalversteuerung durch den Arbeitgeber nur zulässig, wenn die Gehaltsextras **zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn** gewährt werden. Dies gilt z. B. für

- den steuerfreien Zuschuss zur **betrieblichen Gesundheitsförderung** bis zu 600 EUR je Arbeitnehmer im Kalenderjahr oder
- die pauschal zu versteuernden **Zuschüsse zu Fahrtkosten** für Wege zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte.

Nach der neuen Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs **liegt zusätzlicher Arbeitslohn** vor, wenn dieser verwendungs- bzw. zweckgebunden neben dem ohnehin geschuldeten Arbeitslohn geleistet wird. Es kommt nicht darauf an, ob der Arbeitnehmer auf den zusätzlichen Arbeitslohn einen arbeitsrechtlichen Anspruch hat.

Ein arbeitsvertraglich vereinbarter **Lohnformenwechsel** ist nicht schädlich für die Begünstigung. Setzen Arbeitgeber und Arbeitnehmer den „ohnehin geschuldeten Arbeitslohn“ für künftige Lohnzahlungszeiträume arbeitsrechtlich wirksam herab, dann kann der Arbeitgeber diese Minderung **durch verwendungsgebundene Zusatzleistungen** steuerbegünstigt ausgleichen.

Geplante Gesetzesänderung

Die Bundesregierung will diese erfreuliche Rechtsprechung aus 2019 nun durch eine **Änderung des § 8 des Einkommensteuergesetzes** (EStG) aushebeln. Vorgesehen ist ein neuer Absatz 4 mit folgendem Wortlaut:

„Im Sinne dieses Gesetzes werden Leistungen des Arbeitgebers (Sachbezüge oder Zuschüsse) für eine Beschäftigung nur dann **zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn** erbracht, wenn

- der Wert der Leistung nicht auf den Anspruch auf Arbeitslohn angerechnet,
- der Anspruch auf Arbeitslohn nicht zugunsten der Leistung herabgesetzt oder
- die verwendungs- oder zweckgebundene Leistung nicht anstelle einer Erhöhung des Arbeitslohns gewährt

wird.“

Beachten Sie: Die gesetzliche Neuregelung soll **am Tag nach der Verkündung des Gesetzes** im Bundesgesetzblatt in Kraft treten.

Nach der Gesetzesbegründung „sollen im gesamten Lohn- und Einkommensteuerrecht **nur echte Zusatzleistungen** des Arbeitgebers steuerbegünstigt sein, nicht aber Leistungen, für die im Gegenzug der Bruttoarbeitslohn des Arbeitnehmers abgesenkt wird.“

Relevanz für die Praxis

Der Referentenentwurf zeigt, dass die Freude über eine **steuerzahlerfreundliche Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs** oft nicht lange währt. Denn nach der geplanten Neuregelung ist folgender Sachverhalt nicht steuerbegünstigt:

Beispiel

AN hat einen arbeitsvertraglichen Gehaltsanspruch in Höhe von 3.000 EUR im Monat. Mit Wirkung ab 1.7.2021 wird das Gehalt auf 2.800 EUR reduziert und AN erhält zum Ausgleich einen Kindergartenzuschuss von 200 EUR.

Ein Kindergartenzuschuss ist nur steuerfrei, wenn er zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn gewährt wird. Nach der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs wäre dieses Kriterium hier erfüllt; nach der gesetzlichen Neuregelung aber nicht.

Erstaunlich ist die Art und Weise der Umsetzung: Denn die Neuregelung soll **über das sogenannte Grundrentengesetz** eingeführt werden, das hierfür alles andere als prädestiniert erscheint.

Auch wenn die Intention des Gesetzgebers klar ist, handelt es sich „**nur**“ um einen **Referentenentwurf**. Die weitere Entwicklung bleibt also abzuwarten.

Zahlungen zur Abgeltung des Urlaubs bei Tod des Arbeitnehmers sind beitragspflichtig

Zahlungen zur Abgeltung von Urlaubsansprüchen aus Anlass des Todes des Arbeitnehmers lösen eine **Beitragspflicht in der Sozialversicherung** aus. Das haben die Spitzenorganisationen in der Sozialversicherung am 20.11.2019 beschlossen.

Hintergrund

Nach der **bisherigen Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts** hatten die Erben eines verstorbenen Arbeitnehmers keinen Anspruch auf Urlaubsabgeltung, wenn das Arbeitsverhältnis durch den Tod des Arbeitnehmers endete.

Mit Entscheidung aus 2019 hat sich das Bundesarbeitsgericht nun aber von seiner bisherigen Rechtsprechung verabschiedet und sich der **anderslautenden Rechtsauffassung des Europäischen Gerichtshofs** angeschlossen.

Sozialversicherung

Vor diesem Hintergrund halten die Spitzenorganisationen der Sozialversicherung an ihrer bisherigen Sichtweise nicht weiter fest. Urlaubsabgeltungen nach Beendigung der Beschäftigung

durch Tod des Arbeitnehmers erfüllen einen während der Beschäftigung erworbenen Zahlungsanspruch des Arbeitnehmers und sind somit **als Arbeitsentgelt zu werten**.

Diese Urlaubsabgeltungen stellen **einmalig gezahltes Arbeitsentgelt** dar, das nach den dafür vorgesehenen Regelungen der Beitragspflicht unterliegt, sofern die Abgeltung im Einzelfall tatsächlich wird.

Beachten Sie: Die neue Rechtsauffassung ist für Urlaubsabgeltungen, die **nach dem 22.1.2019** (Datum des Urteils des Bundesarbeitsgerichts) gezahlt werden, anzuwenden.

Kann ein Arbeitgeber Bußgelder und Strafzettel lohnsteuerfrei übernehmen?

Arbeitgeber überlegen in Einzelfällen Bußgelder und Strafzettel für ihre Angestellten mit Firmenwagen übernehmen. Ist dies möglich?

Bei schwerwiegenden Bußgeldern ist die Sache klar: Diese Bußgelder kann der Arbeitgeber übernehmen und sie auch steuerlich absetzen. Für den diese Bußgelder verursachenden Mitarbeiter ist das aber ein so genannter geldwerter Vorteil, der Lohnsteuer und Sozialversicherung auslöst. So hatte der Bundesfinanzhof in einem Fall eines Lkw-Fahrers entschieden, der die vorgeschriebenen Lenk- und Ruhezeiten nicht eingehalten hatte. Der BFH entschied, dass es quasi einer Subvention von Gesetzesverstößen gleichkäme, wenn der Arbeitgeber solche Bußgelder steuerfrei übernehmen könne.

Strafzettel-Übernahme bei Paketdienst können im Einzelfall steuerfrei übernommen werden: Anders ist es bei Strafzetteln von Kurierdiensten und Paketboten. Das Finanzgericht Düsseldorf war in einem entschiedenen Einzelfall der Meinung, die Übernahme dieser Park-Strafzettel für Parken im Halteverbot oder in der Fußgängerzone liege „im überwiegenden Interesse des Arbeitgebers“, der auf diese Art und Weise seine Kunden schneller beliefern könne und Arbeitszeiten einspare. Ob das freilich Bestand hat, wird nun der Bundesfinanzhof entscheiden.

Fazit: Wenn Sie sich nicht dem Risiko von Steuernachzahlungen aussetzen wollen, reichen Sie alle Bußgeldbescheide und Verwarnungsgelder, die durch Ihre Dienstwagen verursacht wurden, an Ihre Mitarbeiter weiter, auch wenn diese darüber nicht begeistert sein werden.

Neuer Mindestlohn 9,35 Euro: Minijobber kürzer beschäftigen!

Der Mindestlohn ist zum 1. Januar 2020 von 9,19 Euro auf 9,35 Euro gestiegen. Von diesem Mindestlohn darf nur in Sonderfällen abgewichen werden (Minderjährige ohne abgeschlossene Berufsausbildung, Schüler, Auszubildende (in Bezug auf die Ausbildungsvergütung), Pflichtpraktikanten oder Absolventen eines freiwilligen Praktikums bis zu drei Monaten in dieser Tätigkeit, ehrenamtlich Tätige). Eine Vereinbarung, wonach der Arbeitnehmer freiwillig auf den Mindestlohn verzichtet, wäre unwirksam.

Handlungsbedarf bei Minijobbern: Wenn Sie bisher beim Lohn an die Untergrenze und bei der Arbeitszeit an die Obergrenze gegangen sind, müssen Sie bei Minijobbern jetzt die Arbeitsstunden reduzieren, und zwar auf gut 48 Stunden im Monat. Das sind etwa elf Stunden pro Woche. Wenn Sie elf Stunden pro Woche vereinbaren, sind das im Monat im Schnitt 47,6 Stunden x Mindestlohn 9,35 Euro = 442 Euro.

Warnung zur Erinnerung: Bei Minijobbern muss unbedingt die maximale Arbeitszeit im Arbeitsvertrag festgehalten werden. Ist dort nichts vereinbart, gelten 20 Stunden als vereinbart (§ 12 TzBfG). Damit ist natürlich die Minijobgrenze bei weitem gesprengt.

Der tatsächliche Lohn ist irrelevant: Der Prüfer wird auch mit 20 Stunden rechnen, wenn Sie in Wahrheit viel weniger Stunden bezahlen.

Beispiel: Firma X beschäftigt eine Minijobberin ohne Arbeitsvertrag, die normalerweise immer in etwa zehn Stunden pro Woche arbeitet. Sie bekommt zehn Euro pro Stunde. Je nach Arbeitszeit schwankt ihr Arbeitslohn zwischen 400 und 430 Euro im Monat. Der Prüfer rechnet aber so: Kein Arbeitsvertrag = keine Arbeitszeit vereinbart, das heißt 20 Stunden mal 4,33 Wochen = 86,6 Stunden im Monat x zehn Euro sind 866 Euro. Damit ist die Minijobgrenze überschritten. Dass die Dame kein einziges Mal mehr als 450 Euro bekommen hat, interessiert den Prüfer nicht.

Arbeitnehmer

Sky-Bundesliga-Abo als Werbungskosten

Kosten für ein Sky-Bundesliga-Abo können nach einer Entscheidung des Finanzgerichts Düsseldorf **bei entsprechender beruflicher Veranlassung** als Werbungskosten abzugsfähig sein. Im Streitfall ging es um einen bei einem Lizenzfußballverein angestellten Torwarttrainer.

Im ersten Rechtsgang hatte das Finanzgericht Düsseldorf den Werbungskostenabzug noch mit dem Argument abgelehnt, Zielgruppe des Pakets „Fußball Bundesliga“ sei kein Fachpublikum, sondern **die Allgemeinheit**. Die entsprechenden Kosten für ein Sky-Bundesliga-Abo seien daher – wie bei dem Bezug einer Tageszeitung – **immer privat veranlasst**, auch wenn ein Steuerpflichtiger ein berufliches Interesse daran habe.

Im Revisionsverfahren folgte der Bundesfinanzhof dieser Argumentation nicht. Aufwendungen für ein Sky-Bundesliga-Abo können danach Werbungskosten sein, wenn das Abo tatsächlich **nahezu ausschließlich** beruflich genutzt wird. Im zweiten Rechtsgang konnte das Finanzgericht Düsseldorf nun eine entsprechende, fast ausschließliche berufliche Veranlassung feststellen. Ferner stellte das Finanzgericht fest: Der Nachweis der nahezu ausschließlichen beruflichen Nutzung setzt keine Beweisvorsorge durch die Fertigung **schriftlicher Notizen** zu den analysierten Spielszenen voraus.

Praxistipp: Auch wenn der Abzug der Sky-Abo-Kosten die Ausnahme bleiben wird, kommt eine steuerliche Berücksichtigung doch zumindest bei Arbeitnehmern im Profisport (insbesondere Fußballtrainer, Manager, sportliche Leiter u. Ä.) in Betracht. In diesen Fällen wird es in jedem Einzelfall auf die Darlegung des beruflichen Nutzens ankommen.

Abschließende Hinweise

Verzugszinsen

Für die Berechnung der Verzugszinsen ist seit dem 1.1.2002 der Basiszinssatz nach § 247 BGB anzuwenden. Die Höhe wird jeweils zum 1.1. und 1.7. eines Jahres neu bestimmt.

Der **Basiszinssatz** für die Zeit vom 1.1.2020 bis zum 30.6.2020 beträgt **-0,88 Prozent**.

Damit ergeben sich folgende Verzugszinsen:

- für **Verbraucher** (§ 288 Abs. 1 BGB): **4,12 Prozent**
- für den **unternehmerischen Geschäftsverkehr** (§ 288 Abs. 2 BGB): **8,12 Prozent***

* für Schuldverhältnisse, die vor dem 29.7.2014 entstanden sind: 7,12 Prozent.

Die für die Berechnung der Verzugszinsen anzuwendenden Basiszinssätze betragen in der Vergangenheit:

Berechnung der Verzugszinsen	
Zeitraum	Zins
vom 1.7.2019 bis 31.12.2019	-0,88 Prozent
vom 1.1.2019 bis 30.6.2019	-0,88 Prozent
vom 1.7.2018 bis 31.12.2018	-0,88 Prozent
vom 1.1.2018 bis 30.6.2018	-0,88 Prozent
vom 1.7.2017 bis 31.12.2017	-0,88 Prozent
vom 1.1.2017 bis 30.6.2017	-0,88 Prozent
vom 1.7.2016 bis 31.12.2016	-0,88 Prozent
vom 1.1.2016 bis 30.6.2016	-0,83 Prozent
vom 1.7.2015 bis 31.12.2015	-0,83 Prozent
vom 1.1.2015 bis 30.6.2015	-0,83 Prozent
vom 1.7.2014 bis 31.12.2014	-0,73 Prozent
vom 1.1.2014 bis 30.6.2014	-0,63 Prozent

Steuern und Beiträge Sozialversicherung: Fälligkeitstermine in 03/2020

Im Monat März 2020 sollten Sie insbesondere folgende Fälligkeitstermine beachten:

Steuertermine (Fälligkeit):

- **Umsatzsteuer** (Monatszahler): 10.3.2020
- **Lohnsteuer** (Monatszahler): 10.3.2020
- **Einkommensteuer** (vierteljährlich): 10.3.2020
- **Kirchensteuer** (vierteljährlich): 10.3.2020
- **Körperschaftsteuer** (vierteljährlich): 10.3.2020

Bei einer **Scheckzahlung** muss der Scheck dem Finanzamt spätestens drei Tage vor dem Fälligkeitstermin vorliegen.

Beachten Sie: Die für alle Steuern geltende dreitägige Zahlungsschonfrist bei einer verspäteten Zahlung durch Überweisung endet am 13.3.2020. Es wird an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen, dass diese Zahlungsschonfrist ausdrücklich nicht für Zahlung per Scheck gilt.

Beiträge Sozialversicherung (Fälligkeit):

Sozialversicherungsbeiträge sind spätestens am drittletzten Bankarbeitstag des laufenden Monats fällig, für den **Beitragsmonat März 2020 am 27.3.2020**.



Haftungsausschluss

Der Inhalt des Rundschreibens ist nach bestem Wissen und Kenntnisstand erstellt worden. Die Komplexität und der ständige Wandel der Rechtsmaterie machen es notwendig, Haftung und Gewähr auszuschließen. Das Rundschreiben ersetzt nicht die individuelle persönliche Beratung.